



[Schleicher auf der Autobahn >](#)

[< Wie genau sind Augenzeugen-Aussagen?](#)

## Höheres Bußgeld statt Fahrverbot?

„Ein Deal mit den Behörden ist die Ausnahme!“



Wer zu schnell unterwegs ist, riskiert Bußgelder und Fahrverbote

© Picture-Factory, fotolia

Fast jeder kennt es: Man ist mit dem Auto zu schnell unterwegs und schon ist es geschehen – man wird geblitzt. Nun droht ein Bußgeld und bei schweren Verstößen sogar ein **Fahrverbot**. Wie Bußgelder und Fahrverbote zustande kommen und ob es möglich ist, einem drohenden **Fahrverbot** zu entgehen, erklärt Frank Engelbracht, Fachanwalt für **Verkehrsrecht**.

### Regelsätze schaffen Gerechtigkeit

Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr werden im Rahmen des Bußgeldkatalogs geahndet. Den einzelnen Ordnungswidrigkeiten sind dort bestimmte Regelsätze zugeordnet. Das heißt: Für jeden verkehrsrechtlichen Verstoß ist eine bestimmte Geldbuße festgelegt. „Ein Grund dafür ist, dass es sich bei solchen Verstößen um Massendelikte handelt, das heißt, sie geschehen sehr oft. Deshalb will der Gesetzgeber mit den Regelsätzen eine Gleichbehandlung für alle schaffen, die einen entsprechenden Verstoß begehen. Alle sollen gerecht behandelt werden“, erklärt Frank Engelbracht. Außerdem können die Delikte mithilfe der Regelsätze schneller bearbeitet werden. „Der hohen Anzahl an Verstößen kann nur effektiv nachgegangen werden, wenn man eben nicht jeden Einzelfall individuell betrachtet und für jeden einzelnen eine **Buße** festlegt“, weiß Engelbracht.

### Ausnahmen müssen begründet werden

Will eine Behörde von einem festgelegten Regelsatz abweichen, muss sie zunächst konkret nachweisen und begründen, dass bei dem Betroffenen kein Regelfall vorliegt, sondern ein Einzelfall. Dazu müssen

ebenfalls gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Nach §17, Absatz 3 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG) ist die Grundlage für die Zumessung der Geldbuße einmal die Bedeutung der **Ordnungswidrigkeit**, also die Schwere der Tat, sowie der Schuldvorwurf, also ob vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt wurde. Zusätzlich können auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters bei der Bemessung eine Rolle spielen. Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten bleiben diese in der Regel aber unberücksichtigt. „Prinzipiell gilt: Möchte eine Behörde einen andere **Buße** als den Regelsatz verhängen, muss sie dies sehr genau begründen können“, so der Fachanwalt.

## Der „Deal“ mit der Bußgeldbehörde

Verhängt eine Behörde neben dem Bußgeld auch ein **Fahrverbot**, versuchen viele, den Führerscheinentzug zu vermeiden, indem sie der Behörde anbieten, stattdessen ein höheres Bußgeld zu zahlen. In diesem Fall hat die Behörde das Recht, erst einmal das Einkommen des Betroffenen zu klären – etwa durch Überprüfung der letzten Gehaltsabrechnungen. „Prinzipiell muss sich keine Behörde auf einen solchen „Deal“ überhaupt einlassen – er kann auch von vornherein abgelehnt werden. Wenn sie es aber doch tut, ist es legitim, dass die Behörde das erhöhte Bußgeld an die jeweiligen finanziellen Verhältnisse anpasst. Die **Strafe** soll ja trotzdem spürbar sein“, so Frank Engelbracht. Die Regel sei ein solches Entgegenkommen in Form von „Bußgeld anstatt Führerschein“ jedoch nicht, sondern eher die Ausnahme. „Wenn jemand seinen Führerschein für eine Weile abgeben muss, dann hat das ja seinen Grund. Niemand soll sich von seiner Schuld freikaufen können, nur weil er etwas mehr Geld im Portemonnaie hat als andere. Zudem muss er schon sehr gut begründen können, warum er nicht auf den Führerschein verzichten kann“, betont der Fachanwalt.



## Fahrverbot heißt meist auch Fahrverbot





Die häufig angeführte Begründung, man brauche das Auto für die Arbeit, reiche meist nicht aus, um einem **Fahrverbot** zu entgehen. „Dieses Argument wird oftmals auch negativ bewertet. Wenn jemand seinen Führerschein für den Beruf braucht, sehen viele Verkehrsrichter es zum Beispiel so, dass man sich im Straßenverkehr dann auch eben dementsprechend verhalten muss“, so Engelbracht. Es müssten schon überzeugende und handfeste Gründe vorliegen – etwa, weil man pflegebedürftige Personen betreuen und sie zu Untersuchungen fahren muss. Dies muss dann aber auch dementsprechend nachgewiesen werden. „Man muss bei diesem Thema in der Behörde aber erst einmal prinzipiell auf offene Ohren stoßen. Man muss dort gewillt sein, sich auf einen Deal einzulassen. Man sollte sich also darauf einstellen: Wenn man zu einem **Fahrverbot** verurteilt wird, dann kommt man da in der Regel auch nicht drum herum. Auch nicht, wenn man ein höheres Bußgeld anbietet“, betont der **Anwalt**. Liegen keine Voreintragungen vor, hat man jedoch vier Monate Zeit, um den Führerschein für den festgelegten Zeitraum abzugeben und kann dazu zum Beispiel den Jahresurlaub nutzen.

## Kosten abwägen, Anwalt einschalten

Wenn man sich entscheidet, gegen einen Bußgeldbescheid vorzugehen, sollte man zunächst anhand der entstehenden Kosten abwägen, ob sich der wirtschaftliche Aufwand lohnt – und dann einen **Anwalt** zu Rate ziehen. „Die Behörden kennen ihre Rechte, sie wissen genau, was sie dürfen und wie sie am besten reagieren. Man selbst weiß das aber nicht unbedingt. Daher sollte man mithilfe eines Anwalts Waffengleichheit herstellen“, rät Engelbracht. Dabei sollte man sich jedoch bewusst machen, dass schnell Anwaltskosten in Höhe von 800 bis 1.000 Euro entstehen können, die man selbst zu tragen hat, wenn man keine entsprechende Rechtsschutzversicherung besitzt. „Selbst wenn vor **Gericht** ein Bußgeldverfahren eingestellt wird, werden die entstandenen Kosten nicht erstattet. Das heißt: Die Anwaltskosten trägt trotzdem der Betroffene. Und einen Freispruch, bei dem diese Kosten erstattet

werden, erreicht man wirklich nur ganz selten“, betont der Experte. SW (07.03.2014)

**Folgende Artikel könnten Sie auch interessieren:**

-  [Neue Regelungen der Straßenverkehrsordnung](#)
-  [Opfer von Verkehrsunfällen unterstützen](#)
-  [Der Sicherheitsgurt wird 40](#)
-  [Kein Alkohol in öffentlichen Verkehrsmitteln!](#)

[Alle Artikel dieser Kategorie](#)



## Weitere Infos für Autofahrer



Was Sie bei der Beförderung von Menschen mit Handicap beachten sollten

### Menschen im Rollstuhl sicher ans Ziel bringen

Mobilität gehört zu den zentralen Bedürfnissen unserer Gesellschaft....[\[mehr erfahren\]](#)

---



Aufnahmen zur Klärung von Unfällen zulässig

### Dashcams im Straßenverkehr

Im Mai 2018 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass...[\[mehr erfahren\]](#)

---



Niedrige Fahrräder erfordern mehr Rücksichtnahme

### Mit dem Liegerad durch die Stadt

Sie sind schnell, bequem und ein echter Hingucker: Liegeräder. Statt...[\[mehr erfahren\]](#)

---



Deutsche und polnische Polizisten im Kampf gegen PKW-Diebe

## Die „Gemeinsame Fahndungsgruppe Neiße“

KFZ-Diebstahl ist besonders in den Grenzgebieten Deutschlands ein...[\[mehr erfahren\]](#)

---



Ein Gespräch mit der Bundesdatenschutzbeauftragten

## EU-Datenschutz und digitale Sorglosigkeit

Durch die Digitalisierung wachsen die Anforderungen an den...[\[mehr erfahren\]](#)

---